

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/28

9. Februar 1977

"Der Fall Brokdorf"

Wer keine Gewalt will, der muß jetzt handeln

Von Klaus Matthiesen MdL

Vorsitzender der SPD-Fraktion im schleswig-holsteini-  
schen Landtag

Seite 1 und 2 / 64 Zeilen

Wer hat Angst vor den Männern im weißen Kittel ?

Für den Abbau überhöhter Einkommenszuwächse bei den  
Ärzten

Von Jürgen Egert MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Arbeit und So-  
zialordnung

Seite 3 und 4 / 49 Zeilen

Die Frauenfrage als Vertrauensfrage

Mit Wahlreklame sind die Frauen nicht mehr abzuspeisen

Von Dr. Anke Martiny MdB

Verbraucherpolitische Sprecherin in der SPD-Bundestags-  
fraktion

Seite 5 und 6 / 73 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12  
Postfach: 120 408  
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 21 90 39/39  
Telex: 06 88 646-48 pohn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11  
5300 Bonn-Bad Godesberg

"Der Fall Brokdorf"

Wer keine Gewalt will, der muß jetzt handeln

Von Klaus Matthiesen Mdl.

Vorsitzender der SPD-Fraktion im schleswig-holsteinischen Landtag

Der 19. Februar 1977 ist fast schon zu einem magischen Datum geworden. Es ist der Tag, für den die Bürgerinitiativen neue Demonstrationen gegen den Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf angekündigt haben. Nach den gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen einer Minderheit gewalttätiger Demonstranten und der Polizei im Herbst '76 werden jetzt "bürgerkriegsähnliche" Zustände befürchtet. Ob eintrifft, was befürchtet wird, weiß zur Stunde noch niemand.

Als Tatsache bleibt heute festzustellen, daß einigen Beteiligten offenbar daran gelegen ist, die Diskussion um die Frage "Gewalt oder nicht Gewalt" anzukurbeln, nicht nur im Vorfeld, sondern über den 19. Februar hinaus. Die einen wollen den exemplarischen Nachweis liefern, daß dieser Staat ein "gewalttätiger Staat" ist; die anderen haben nichts dagegen, wenn nach Brokdorf nur noch über "Gewalt" im bundesdeutschen Blätterwald berichtet und geredet wird, denn damit findet eine Diskussion in der Sache, d.h. über die Energieversorgung der Zukunft und über falsches staatliches Handeln in der Gegenwart, nicht mehr statt. Und die friedlichen und besorgten Bürger und Demonstranten stehen in der Mitte und im Trommelfeuer von Aufrufen und Appellen zur Gewaltlosigkeit. Für sie, die friedlichen Bürger, geht das alles an ihrem Problem und an den eigentlichen Problemen vorbei. Zum einen wird von ihnen Verzicht auf ihr durch das Grundgesetz verbrieftes Demonstrationsrecht verlangt. Die das verlangen, mögen gute Gründe haben. Haben sie auch das moralische Recht dazu? Zum anderen ist es Heuchelei, wenn der CDU-Ministerpräsident Stoltenberg zum lautesten Rufer wird, aber bisher kein einziges Wort der Einsicht und des Bedauerns darüber gefunden hat, daß seine Politik den Irrsinn von Gewalt gefördert hat.

Es waren nicht die friedlichen Kernkraftwerksgegner, die in einer Nacht- und Nebelaktion die "gesicherte Baustelle Brokdorf" errichteten. Sie haben den Stacheldraht nicht gezogen und auch den Graben nicht ausgehoben. Und sie fragen deshalb mit Recht: Sind Graben und Stacheldraht als Ausdruck staatli-

chen Mandelne friedlich? Verdient das so geschützte Recht auf Privateigentum (der Kernkraftwerksbauer) größeren Respekt und bessere Verteidigung als das Recht auf friedliche demonstrative Willensbekundung der besorgten Bürger? Wer kein Blutvergießen will, hat politische Entscheidungen zu treffen. Das gilt vor allem auch für die Bundesregierung. Appelle zur Gewaltlosigkeit reichen nicht aus.

Zunächst ist die Landesregierung am Zuge. Ihre Entscheidung hat zu lauten: Der Baustopp bleibt bis zum Abschluß sämtlicher Gerichtsverfahren. Die schleswig-holsteinische Landesregierung ist von den drei Oppositionsparteien (SPD und FDP und der Partei der dänischen Minderheit, SSU) dazu aufgefordert worden, den Baustopp über den Termin der Entscheidung des Verwaltungsgerichts hinaus zu verlängern.

Gleichzeitig - und das ist ebenso wichtig - muß in der Sache Klarheit geschaffen werden. Jeder weiß, daß das bisherige Energieprogramm der Bundesregierung so nicht durchzuhalten ist. Es bedarf neuer energiepolitischer Perspektiven und einer gründlichen Revision des Energieprogramms. Bisher ist nicht genug geschehen.

Darin liegt auch eine Ursache der Orientierungslosigkeit und der Verbitterung in der Bevölkerung. Verbitterung abzubauen, ist also Bonner und Kieler Sache und Sache aller Parteien.

Was am 19. Februar geschehen wird, hängt aus heutiger Sicht wesentlich davon ab, ob der Baustopp bleibt oder nicht. Ob die Konflikte in der Energiepolitik sich ausweiten werden, hängt davon ab, inwieweit neue energiepolitische Perspektiven gesetzt werden oder nicht.

Dabei muß allen klar sein: Diese Bewegung der Bürgerinitiativen ist mehr als eine politische Eintagsfliege. Sie ist eine neue gesellschaftliche Bewegung, die bereits jetzt die politischen Grundströmungen prägt. Ob sie, ähnlich wie die Arbeiterbewegung vor hundert Jahren, neue soziale und politische Dimensionen setzt, oder ob sie in die Parteien hineinwächst, hängt auch von den genannten Entscheidungen ab. Es geht also nicht nur um Brokdorf. Es geht nicht nur um Energiepolitik. Es geht um die Richtung, in die sich unsere Gesellschaft entwickeln wird. Der großen Mehrheit der Demonstranten geht es um die Beantwortung der Frage: Welche Zukunft wollen wir?

Wer meint, es ginge um militante Chaoten, hat von der Dimension Brokdorf wenig begriffen.  
(-/9.2.1977/va/lo)

+ + +

Wer hat Angst vor den Männern im weißen Kittel ?  
-----

Für den Abbau überhöhter Einkommenszuwächse bei den Ärzten

Von Jürgen Egert MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Deutschlands Ärzte machen mobil. Sieben Ärzteverbände haben sich im "Konsultationsring" zusammengeschlossen. Ein Krisenstab aus den ersten Vorsitzenden der Verbände, ein Redaktionsausschuß für eine koordinierte Öffentlichkeitsarbeit sind gebildet worden. Erstes Ergebnis: dem Regierungsentwurf zur Konsolidierung der Renten- und Krankenversicherung soll "jeder nur mögliche Widerstand" entgegengesetzt werden. Eine interessierte Öffentlichkeit beobachtet aufmerksam, ob der neue Arbeits- und Sozialminister Herbert Ehrenberg ein ähnliches Schicksal wie einer seiner Amtsvorgänger Theodor Blank erleidet und bereits im Beginn seines Bemühens die Segel vor einer mächtigen Ärzte-Lobby streichen muß. Neben dem zircensischen Kitzel, wer Gewinner in dieser Auseinandersetzung wird, steht die Frage, wie ernsthaft Deutschlands Ärztesfunktionäre sich selbst und ihre Anliegen nehmen.

Unstrittig ist in der öffentlichen Diskussion, daß die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen nachhaltig gedämpft werden muß, soll nicht das System der Gesundheitsversorgung insgesamt Schaden erleiden. Bestritten wird im Grunde auch nicht die Notwendigkeit, daß die Anbieter von Gesundheitsleistungen ihren angemessenen Beitrag zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen leisten müssen. Auf der Basis alternativer Vorschläge mit Sinn kann gestritten werden, wo, in welchem Umfang, wie gespart werden soll und zu wessen Lasten diese Sparmaßnahmen gehen. Das verantwortliche Ressortministerium innerhalb der Regierung hat seine Vorschläge zur Diskussion gestellt. Ein Angebot, das von den ärztlichen Standesfunktionären bisher nicht aufgegriffen worden ist. Die Ärzteschaft sollte nicht zulassen, daß ihre Funktionäre das Thema verfehlen, indem sie die Regierung pauschal der

Illiberalität im Gesundheitswesen verschärfen und sich in Kaffeesatzdeutereien über angebliche Verstaatlichungspläne im Gesundheitswesen erschöpfen.

Es geht darum, daß angesichts objektiver Finanzierungsschwierigkeiten in unserem sozialen Leistungssystem auch die zur Kasse gebeten werden, die am Zuwachs in besonderer Weise teilgehabt haben. Im Gesundheitssektor sind dies die niedergelassenen Ärzte, die Krankenhäuser und die Hersteller von Arzneimitteln. Dabei geht es um sozial ausgewogene Lösungen. Niemand neidet den Ärzten den gerechten Lohn für ihre Arbeit. Aber wir müssen wirtschaftlich vernünftige Eckdaten setzen. Verzerrungen im Einkommensgefüge der Ärzte sollen sowohl der Höhe als auch der Struktur nach abgebaut werden. Das Stichwort, unter dem die Gesamtoperation steht, heißt Abbau überhöhter Einkommenszuwächse bei den Ärzten und nicht Einschränkung der Leistungen für den Patienten. Wer umgekehrt argumentiert, setzt sich dem Verdacht aus, seine partikularen Interessen hinter dem berechtigten Anspruch der Patienten auf eine optimale gesundheitliche Versorgung zu verstecken und an dem Ast zu sägen, auf dem er selbst mitsitzt.

Die Bürger haben die politischen Absichten der Regierung richtig verstanden. Der selbstkritische Teil in der Ärzteschaft ist einsichtig gegenüber der Notwendigkeit. Nur der Immobilismus der ärztlichen Standesfunktionäre verführt diese dazu zu polemisieren, wo sie argumentieren sollten. Die SPD-Bundestags-Fraktion steht zum Diskussionsvorschlag der Regierung. Sie sieht in ihm Wege aufgezeichnet, die in die richtige Richtung gehen. Sie bietet auf dieser Basis der Ärzteschaft vorurteilsfreie Gespräche an. Das Angebot sollte wahrgenommen werden.

(-/9.2.1977/va/hu)

+ + +

### Die Frauenfrage als Vertrauensfrage

Mit Wahlreklame sind die Frauen nicht mehr abzuspeisen

Von Dr. Anke Martiny MdB

Verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

In den Verlagsprogrammen der einschlägigen Häuser, aber auch in mittleren und kleinen Verlagen oder im Selbstverlag verschiedener Frauengruppen schießt die Frauenfrage ins Kraut. Historisch, psychologisch, soziologisch, ethnologisch, erkenntnistheoretisch und praktisch wird zusammengetragen, was Fachleuten und den schlicht Betroffenen zum Thema bedenkenswert und wert des Aufarbeitens erscheint.

Kein Zweifel: Hier werden viele verdienstvolle und zum Teil tapfere Versuche unternommen, die geistige Unruhe, die die heute 30- bis 45jährigen um 1970 herum erfaßt hatte, mit dem inzwischen gewonnenen Abstand in Worte zu fassen. Die Ergebnisse sind beachtlich. Allerdings hat die publizistische Woge als Wellengekräusel zwar sowohl die Volkshochschulprogramme als auch das Themenspektrum der "Brigitte" oder anderer Frauenzeitschriften erfaßt, sie hat auch die Spitzen der Parteien, Industriekonzerne und Verbände nicht völlig unbenutzt gelassen, aber Strukturveränderungen sind nicht in Sicht.

Fast möchte man mitunter das Gegenteil, neuerliche Verkrustungen nämlich, befürchten, wenn man sich den gesellschaftlichen Hintergrund vergegenwärtigt, auf dem sich Strukturveränderungen abspielen müßten. Da ist zum einen die Arbeitslosigkeit: Sie geht stark zu Lasten der Frauen und leider nicht nur zu Lasten der Ungelernten oder Angelernten; sie beeinträchtigt auch ausbildungswillige junge Mädchen oder Frauen im Dienstleistungsbereich mit guter oder gehobener Ausbildung. Es steht zu befürchten, daß angesichts des Mangels an Arbeitsplätzen die alte Ideologie fröhliche Urstände feiert: Die Frau gehört ins Haus und zu den Kindern, im Berufsleben nimmt sie nur Männern die Arbeitsplätze weg.

Eine Nachricht der letzten Tage hat mich besonders erschreckt: Die angebliche (vielleicht auch tatsächlich vorhandene) "Pillenmüdigkeit" bei Frauen. Dies in Verbindung mit dem sorgenvollen Hinweis darauf, daß in der Bundesrepublik zu wenig Kinder geboren werden und in Verbindung mit den knappen Arbeitsplätzen könnte dazu führen, daß die Frauen wieder einmal im Laufe der Geschichte der letzten 100 bis 150 Jahre auf unsere angeblich "eigentliche Aufgabe" zurückverwiesen und aus dem beruflichen und öffentlichen Leben erneut herausgedrängt werden.

Diese Sorge ist umso berechtigter, als auch bei den Parteien, deren Aufgabe es doch erklärtermaßen ist, die politische Willensbildung zu ar-

tikulieren und voranzutreiben, eine Veränderung der inneren Struktur zugunsten der Frauen schwerlich sichtbar wird. Die SPD ist beim Wort zu nehmen: Ihr stellt sich die Frauenfrage als Vertrauensfrage, denn sie hat sich im "Orientierungsrahmen '85" zum Thema Frau sehr klar und fortschrittlich geäußert. Sie wird vor den Frauen an ihrer Programmatik gemessen werden.

Zum Thema Vertrauensarbeit ist auf der jüngst vergangenen Sitzung des Parteirates viel Wichtiges ausgeführt worden. Bedeutsam erscheint, daß die SPD als ein Hort der Solidarität in der Bevölkerung glaubhaft wird, daß sie auffängt, was an mitmenschlicher Schwächen auch durch eine noch so gute Sozialpolitik nicht auszugleichen ist, und daß sie Geborgenheit und Vertrauenswürdigkeit verkörpert. Dafür ist gewiß auch wichtig, daß, wie von Egon Bahr angeführt, die Frage der Leichtlohngruppen gelöst wird; genauso wichtig ist es, daß bis 1984 die Neuregelung der Witwen- und Witwer-Renten erfolgt. Aber noch weit entscheidender wird sein, ob es uns gelingt darzustellen, daß wir den gesamten Bereich des alltäglichen, kommunalen Lebens verstehen als Reservoir, aus dem der Einzelne sein Selbstvertrauen und seine Kraft schöpft. Und dieses Reservoir wird - und darauf ist besonders hinzuweisen - vor allem von den Frauen gespeist.

Wer kennt denn die Nachbarn? Die morgens ins Büro oder die Fabrikhallen enteilenden und am Abend müde heimkehrenden Männer doch meistens nicht! Und wer schaut die Schulaufgaben nach, übt Lesen und Vokabeln, wer kauft ein, wer benutzt öffentliche Verkehrsmittel zu Einkaufszwecken, wer sitzt an Sandkästen und auf Spielplatzbänken? Bis zu den Besuchen bei Behörden und Ämtern, bis zu Reklamationen und Kundendienst-anforderungen erstreckt sich der Wirkungs- und Verantwortungsbereich der Frauen, die damit in einem viel engeren Kontakt zu den Fragen des täglichen Lebens stehen, als dies vielfach bei Männern der Fall ist. Eine Partei, die Vertrauen in der Gesellschaft wieder erlangen will, das sie nicht ohne eigenes Verschulden verloren hat, muß sich diesen Zusammenhang klar machen und Konsequenzen daraus ziehen.

Eine sprechblasenhafte hohle Wahlreklame an die Adresse der Frauen hat die CDU vor der Bundestagswahl gerichtet. Es steckte nichts Überzeugendes dahinter, aber der Appell zielte in die richtige Richtung: Die Frauenfrage wird für die gesamte Gesellschaft, aber insbesondere für die Sozialdemokratie zu der entscheidenden Vertrauensfrage schlechthin.  
(-/9.2.1977/va/nu)